

Rede von Ranka Prante zu TOP 27: Versorgung durch Hebammen und Geburtshelfer

195/2011

Kiel, 27. Mai 2011

Ranka Prante: „Hebammen- und Geburtshelferleistungen angemessen entlohnen und flächendeckende Versorgung sichern.“

„Frau Präsidentin,

wieder einmal stehen wir hier und reden über einen Bereich, der vordergründig hauptsächlich Frauen betrifft. Hebammen und Geburtshelfer. Das letzte Mal war dies Thema in der Juli-Sitzung des letzten Jahres. Schon da haben wir, DIE LINKE, für die Wahlfreiheit plädiert, dass jede Frau die freie Wahl haben soll, unter welchen Umständen ihr Kind das Licht der Welt erblickt. Wir haben deutlich darauf hingewiesen, dass die Hebammen nicht die verfehlte Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre und die Versäumnisse der Regierung ausbaden dürfen!

Seit 2007 liegt die Verantwortung für die Hebammenleistungen nicht mehr bei der Bundesregierung, sondern beim GKV-Spitzenverband und den Hebammenverbänden. Und genau seit diesem Jahr hat es keine Gebührenerhöhung mehr gegeben. Und zwar hatte die Bundesregierung versäumt, Art und Umfang der Hebammenhilfe verbindlich gesetzlich festzulegen. Die Hebammenhilfe ist jetzt immer noch in der Reichsversicherungsordnung geregelt, während andere Heilberufe ins SGB V überführt worden sind. Warum es bisher keine Honorarerhöhungen für die Hebammen gab, aber zum Beispiel bei Ärztinnen und Ärzten – und das trotz des Wirtschaftlichkeitsgebotes – ist in keinster Weise nachvollziehbar!

Wenn dann auch noch so wie im Juli 2010 die Haftpflichtversicherungsbeiträge ins Unermessliche steigen, ist es doch kein Wunder, dass die Existenzen von Hebammen und Geburtshelfer akut gefährdet sind! Laut der Vorsitzenden des Hebammenverbandes Frau Salzmann, die auch heute anwesend ist, hat jede fünfte freiberufliche Hebamme in Schleswig-Holstein die Geburtshilfe aufgeben müssen! Mehr als der Bundesdurchschnitt! Und die re-

gierungstragenden Fraktionen und die Landesregierung sehen ohne mit der Wimper zu zucken mit an, wie einer der ältesten Berufsstände kaputt gemacht wird.

Das Thema ist so nebensächlich, dass im Ältestenrat bei diesem Thema nicht Herr Dr. Garg selbst, sondern auch seine Vertretung sprechen kann. Meine Fraktion und ich sind fast sprachlos darüber, wie ignorant mit diesem Thema bisher umgegangen wurde.

Und dann reichen FDP und die Union einen Änderungsantrag ein, in dem wir einen Erlass begrüßen sollen, der nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, indem wir eine Erhebung über die Vergütungssituation der Hebammen und Geburtshelfer der Bundesregierung begrüßen sollen und die Prüfung eines Modellprojekts aus Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, das sind doch alles nur Täuschungsmanöver! Sie eiern doch nur rum! Sie tun jetzt so, als wollten sie was tun. Jetzt, nachdem die Hebammen keine Ruhe geben und vorm Landeshaus stehen, so wie am 5. Mai.

Meine Damen und Herren, diese Frauen und Männer sind verzweifelt! Sie können ihren Beruf bald nicht mehr ausüben, weil sie nichts getan haben. Wann haben Sie sich denn mal mit allen Beteiligten hingestellt, sie angehört und wirkliche Lösungen entwickelt? Das kurze Zusammentreffen mit der Vorsitzenden des Hebammenverbandes war doch auch nur eine Show-Veranstaltung, um den Hebammen das Gefühl zu vermitteln, Sie würden sich interessieren. Und ich sage das, weil Sie noch in unserer kleinen Anfrage aus dem Juni 2010 die Unterstützung der Hebammen von staatlicher Seite abgelehnt haben!

Sie müssen endlich kapieren, dass es hier nicht ausschließlich um das finanzielle Wohl von Hebammen und Geburtshelfern geht, die bei Ihnen ja schon der Sache wegen keine Lobby haben, denn sie machen ja immer wieder deutlich, dass pflegende und sorgende Berufsfelder bei Ihnen kein hohes Ansehen genießen. Sie müssen kapieren, dass es hier auch um Mütter und Kinder geht! Um Familien, um die Zukunft! Ich verlange von Ihnen, dass sie etwas tun! Und zwar verbindlich!

Jede Frau hat einen Rechtsanspruch auf Hebammenleistungen. Wenn Hebammen nun aber ihren Job mangels gerechter Entlohnung aufgeben müssen, ist doch auch dieser Rechtsanspruch nicht aufrecht zu erhalten und die Versorgung in Gefahr. Insbesondere im ländlichen Raum. Und das ist dann Ihre Schuld!“